

Nach Ansicht seiner Kritiker müsste sich Henry Kissinger eigentlich vor einem internationalen Tribunal verantworten – für seine Beteiligung bei der Anzettelung, Verlängerung und Ausweitung verbrecherischer Kriege, für seine Komplizenschaft bei der Destabilisierung einer demokratischen Regierung und für seine Unterstützung mördertischer Militärdiktaturen.

Doch eine deutsche Universität – beziehungsweise jene der ehemaligen Bundeshauptstadt – sieht dies offenbar völlig anders: Sie hat sich bereit gefunden, durch die Namensgebung einer hauptsächlich aus Mitteln des Verteidigungsministeriums eingerichteten Professur den einstigen US-Außenminister zu ehren.

Der Fall Kissinger und die Uni Bonn

In einer Pressemitteilung der Universität Bonn vom Mai 2013 heißt es: „An der Universität Bonn soll eine ‚Henry-Kissinger-Professur‘ eingerichtet werden. Dies haben Verteidigungsminister de Maizière und Außenminister Westerwelle zu Ehren des früheren US-Außenministers und Nobelpreisträgers Henry Kissinger beschlossen. Rektor Prof. Dr. Jürgen Fohrmann und Kanzler Dr. Reinhardt Lutz begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung. Die ‚Henry-Kissinger-Professur‘ für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung [sic!] unter besonderer Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ist auf 5 Jahre angelegt und soll von Verteidigungsministerium und Auswärtigem Amt gemeinsam finanziert werden.“

Die schweren Vorwürfe gegen Henry Kissinger werden seit Jahren

von Zeithistorikern und Politikwissenschaftlern erhoben, die sich gründlich mit den US-amerikanischen Aktivitäten in Asien und Lateinamerika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschäftigt haben. Doch den Bonner Honoratioren ist das offensichtlich gleichgültig: Im November wurde die „Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur für Governance und Internationale Sicherheit“ in der „Zeit“ ausgeschrieben, die Bewerbungsfrist lief am 20. Dezember ab. Ab Wintersemester 2014 soll die Stelle „für mindestens ein Jahr“ besetzt werden.

Hochschulautoritäten, die in solcher Weise auf quellengestützten Forschungen basierende Erkenntnisse schlicht ignorieren oder selbstherrlich beiseite schieben, stellen letztlich universitär betriebene Wissenschaft in Frage – und damit im Grunde ihre eigene Existenzberechtigung. Wenn zudem bundesdeutsche Minister bei der Bewertung von Henry Kissinger andere Maßstäbe anlegen, die entweder unentschuldbarer Ignoranz oder politischem Opportunismus entsprechen, sollten sie wenigstens davon absehen, auch noch als Förderer angeblich völkerrechtsverpflichteter Forschung und Lehre aufzutreten.

In der Abwehr solcher Kritik sucht ein Sprecher der Universität zu Argumenten Zuflucht, deren Implikationen besonders bemerkenswert sind. Kissinger als Person möge ambivalent zu bewerten sein – „ausschlaggebend für die Professur ist jedoch vor allem sein positives Wirken für Deutschland und insbesondere die deutsch-amerikanischen Beziehungen“. Einmal ungeprüft unterstellt, Kissinger habe „für Deutschland“ positiv gewirkt – kann dies die Unzahl getöteter und verstümmelter „Nichtdeutscher“ aufwiegen, die der von Kissinger zu verantwortenden Politik in Asien und Südamerika zum Opfer gefallen sind? Und sogar bei einer eigentlich unververtretbaren Hinnahme der menschen-

verachtenden Blickverengung auf „Deutschland“: War denn Elisabeth Käsemann, Tochter eines Tübinger Theologen, keine Deutsche, als sie von den Schergen der argentinischen Militärdiktatur 1977 bestialisch gefoltert und ohne Gerichtsverfahren hingerichtet wurde? Dies und die Ermordung des Deutschen Klaus Zieschank geschah, nachdem US-Außenminister Kissinger in einem Gespräch mit seinem Junta-Kollegen Guzetti sein Verständnis für die repressiven Maßnahmen des Militärregimes bekundet und seinen gegen dessen Exzesse protestierenden Botschafter desavouiert hatte – all dies ist belegt durch Dokumente, die seit einem Jahrzehnt öffentlich zugänglich sind.¹

Die Herren, die die Ehrung von Henry Kissinger durch die Universität Bonn zu verantworten haben, könnten und müssten all dies wissen – genau wie das zuständige Ministerium in Nordrhein-Westfalen, auf dessen uneingeschränkte Zustimmung sich der Referent des Rektors beruft. Die Tatsache, dass Henry Kissinger 1938 mit seiner jüdischen Familie aus Nazi-Deutschland fliehen musste, lässt seine spätere Komplizenschaft mit rechts-extremen Gewaltregimes erstaunlich erscheinen, ist aber kaum geeignet,

ihn zu entschuldigen. Kissingers Biographie wie auch seine möglichen Verdienste um Maßnahmen entspannungsfördernder Außenpolitik (etwa im Verhältnis USA-China) könnten bei einem möglichen internationalen Prozess gegen ihn vielleicht als mildernde Umstände gewürdigt werden, seine Verstrickung in Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen wird dadurch nicht aufgehoben.

Zu schlechter Letzt: Die Universität Bonn möchte einen Mann ehren, der durch seine nachweisbare Beteiligung an der Vorbereitung des Sturzes von Salvador Allende auch mitschuldig wurde an der Zerstörung des akademischen Lebens in Chile während der Pinochet-Diktatur – wie an Verfolgung, Tod und Exil vieler chilenischer Wissenschaftler. Kissingers Ehrung just zum 40. Jahrestag des Pinochet-Putsches ist eine Verhöhnung seiner Opfer und ein Schlag ins Gesicht derer, die den Putsch überlebt haben. Doch ein Skandal ist nicht nur das Verhalten der Universität Bonn, sondern auch die weitgehende Gleichgültigkeit der demokratischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Einer Öffentlichkeit, die trotz der begrüßenswerten Aktivitäten eines vorwiegend studentischen Bonner Protestbündnisses den „Fall Kissinger“ bisher kaum zur Kenntnis genommen hat.

1 Vgl. Dorothee Weitbrecht, Profite versus Menschenleben. Argentinien und das schwierige Erbe der deutschen Diplomatie, in: „Blätter“, 7/2013, S. 93-104.

Klaus Meschkat



Die Macht des Digitalen

Das Netz verändert grundlegend unsere Art zu kommunizieren und zu kooperieren. Wie aber lässt sich die »digitale Freiheit« langfristig erhalten?

Dossiers zu diesem und weiteren Themen gibt es auf www.blaetter.de